

## DIE BEDROHUNG DES RECHTSSTAATES IN DEUTSCHLAND

### BETRACHTUNGEN ZUR RECHTSSTAATLICHKEIT IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Die Bundesrepublik Deutschland ist als demokratischer Rechtsstaat konzipiert. Dazu gehört insbesondere, dass jeder Bürger seine Meinung frei äußern darf, ohne sich Nachteile einzuhandeln. Damit verbunden ist die Pflicht des Staates, dafür Sorge zu tragen, dass sich der Bürger umfassend informieren kann. Im politischen Raum spielen dabei die öffentlichen Fernseh- und Rundfunkanstalten, ebenso wie die etablierten Medien eine tragende Rolle.

Der Rechtsstaat BRD ist durch neuerliche Gesetzgebung, Missachten von Verwaltungsvorschriften, einseitige Information, subtile Einschränkung der Meinungsfreiheit und durch offensichtliche Rechtsbrüche massiv bedroht. Mit dem Argument, den Rechtsstaat zu schützen, wird all dies von der etablierten Politik nachhaltig ignoriert, heruntergespielt oder billigend in Kauf genommen. Dies geschieht mit dem Anspruch großer moralischer Überlegenheit, ohne zu beachten, dass de facto der Rechtsstaat ausgehebelt wird.

Bei der Bedrohung unseres Gemeinwesens spielen die öffentlichen Fernseh- und Rundfunkanstalten, aber auch die etablierte Presse eine besonders unrühmliche Rolle. Fernseh- und Rundfunkanstalten ignorieren im hohen Maße den gesetzlichen Auftrag, Information und Bildung zu vermitteln. Stattdessen wird Information durch Meinung ersetzt. Auf diese Weise haben sich Fernseh- und Rundfunkanstalten zusammen mit den alteingesessenen Printmedien zum Sprachrohr des von den etablierten Parteien definierten Mainstreams entwickelt und abweichende Meinungen oder Fakten, die letzterem zuwiderlaufen, werden ausgeblendet.

Nicht zuletzt ist festzustellen, dass die so gepriesenen europäischen Institutionen wie Europäisches Parlament und Europäische Zentralbank, grundlegenden demokratischen Prinzipien widersprechen. Dies ist deshalb von Bedeutung, da in der Rechtsprechung zunehmend Zuständigkeiten auf die europäische Ebene verlagert werden.

*Dieses Papier listet Fakten zu den oben genannten Missständen auf. Im 1. Teil der folgen Darstellung werden einige allgemeine Bemerkungen gemacht, im 2. Teil folgen konkrete Beispiele und der 3. Teil illustriert, wie heute Droh- und Erpresserbriefe in unserem Staat ungestraft verschickt werden können, sofern sie sich im Rahmen des vorgegebenen Mainstreams bewege.*

### TEIL I ALLGEMEINE BEMERKUNGEN

#### HAMBACHER FORST

Hier handelt es sich um ideologisch motivierten Ökoterrorismus, der die staatliche Ordnung zumindest im beschränkten räumlichen Rahmen zum Einsturz gebracht hat. - Damit solidarisierte sich eine demokratische Partei, die Grünen, am 7. Oktober 2018. - Gravierende Straftaten wurden nicht geahndet. - Die mittlerweile aufgelaufenen Kosten von weit mehr als 100 Mill. € sind offensichtlich nicht der Rede wert. Diese Summe ist in etwa der Betrag, welcher den 11 ausgewählten ‚Elitehochschulen‘ der BRD jährlich im Rahmen des überaus aufwendigen Wissenschaftswettbewerb 2019 zur Verfügung gestellt wurde. (<https://www.spiegel.de/lebenundlernen/uni/exzellenzwettbewerb-der-deutschen-universitaeten-die-exzellenten-elf-a-1277616.html>)

## **G20-GIPFEL HAMBURG**

Was das Aushebeln der Staatlichen Ordnung angeht, ist hier Ähnliches zu berichten wie unter dem Stichwort ‚Hambacher Forst‘.

## **LINKE UND RECHTE GEWALTTATEN**

Es gibt keinen Zweifel daran, dass unser Staat linke und rechter Gewalt sowie religiösen Fundamentalismus im Auge behalten muss. Dessen ungeachtet ist bemerkenswert, dass gerade auch auf dem Hintergrund der oben geschilderten linksterroristischen Aktivitäten und der hohen Kriminalitätsrate von Fundamentalisten und anderer Ausländer (s.u.) der Präsident des Bundesverfassungsschutzes Haldenwang die Notwendigkeit sieht, den für die Bekämpfung des Rechtsterrorismus vorgesehenen Personalbestand um 50% aufzustocken.

### **Netzwerkdurchsetzungsgesetz**

Das Gesetz hat u.a. das Ziel, unangemessene Beiträge in den öffentlich zugänglichen Netzwerken zu verhindern bzw. zu löschen. Dieses Vorhaben tangiert unmittelbar das für ein demokratisches Gemeinwesen fundamentale Recht auf freie Meinungsäußerung. Es ist unverständlich, dass von den etablierten Parteien ein Gesetz verabschiedet wird, welches die Bestimmung der Grenzen der Meinungsfreiheit in die Hände von Großkonzernen legt.

Enteignungen durch Abschalten der Atomkraftwerke

Der Eigentumsbegriff, ein zentrales Element eines jeden freiheitlich orientierten Staates, wird im Zusammenhang mit dem Atomausstieg von den etablierten Parteien in eklatanter Weise mit Füßen getreten. Mit dem um das Jahr 2000 einsetzenden Ausstieg und der damit verbundenen Zwangsstilllegungen von ursprünglich vom Staat massiv befürworteten Kernkraftwerken fand und findet faktische eine Enteignung statt. Dies gilt unabhängig davon, ob man ein Befürworter oder ein Gegner der Atomenergie ist. Die Folgen für die Aktionäre der betroffenen Unternehmen waren und sind gravierend. Wer sein Erspartes z.B. in Aktien der RWE angelegt hatte, hat seit den Jahr 2000 massiv an Vermögen eingebüßt. Dies ist nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Aktienkultur in Deutschland ein desaströser Tatbestand.

### **Bedrohung und Erpressung**

Inzwischen ist es gang und gäbe, Betreibern von Lokalitäten, welche die AfD, eine demokratisch gewählte und im Bundestag vertretene Partei, für Bürgerversammlungen und andere Veranstaltungen reservieren möchte, mit Drohungen und Erpressungen zu überziehen. Im Teil 3 des vorliegenden Dokumentes befindet sich ein Beispiel für einen diesbezüglichen Drohbrief. Es ist mehr als verwunderlich, dass sich weder die etablierten Parteien, die öffentlichen Fernseh- und Rundfunkanstalten noch die etablierte Presse darüber aufregen und kaum zur Kenntnis nehmen, dass ein solches strafbares Vorgehen nicht geahndet wird.

### **Dealn mit Rauschgift**

In Deutschland bleibt der verbotene Verkauf von Rauschgift an vielen Stellen ungeahndet. Wer die Folgen im Auge hat, muss daran zweifeln, dass der Staat seinem Auftrag, das Gemeinwesen vor Verbrechen und Verbrechern zu schützen, nachkommt.

### **KITAS als Stätten der staatlichen Gesinnungsschnüffelei**

Die von der Koalition aus CDU und SPD gebildete Bundesregierung fördert in massiver Weise den flächendeckenden staatlichen Ausbau von KITAS (Kindertagesstätten) und Ganztagschulen. Linke Gleichschaltungsideologen sind offensichtlich hoch erfreut, dass der Einfluss der Eltern auf die Bildung der Kinder und Heranwachsenden zu Gunsten eines staatlichen Zugriffs auf die Erziehung auf diese Weise massiv eingeschränkt wird. Über einen derartigen Zugriff auf Kinder und Heranwachsende sind autoritäre politische Regime gewöhnlich hoch erfreut.

### **Fehlende demokratische Legitimation von EU und EZB**

Das eherne Gesetz der Demokratie ‚one man, one vote‘ wird bei den europäischen Einrichtungen in eklatanter Weise verletzt. So gesehen erscheinen die wichtigsten Einrichtungen des von den etablierten Parteien so hoch geschätzten ‚Europa‘ geradezu als Karikatur demokratischer Institutionen.  
Groteskes Bild der BRD

Ein Pädophiler (Cohn-Bendit) bekommt den Theodor-Heuss-Preis für seine ‚Verdienste um Europa‘ verliehen, während man tatenlos zusieht, wie ein Mensch, der die gigantischen Statistikfälschungen Griechenlands im Zusammenhang mit dem Beitritt Griechenlands zum Euro-Währungsverbund aufdeckt, für dieses Vorgehen in Griechenland rechtskräftig verurteilt wird.

### **GLEICHSCHALTUNG VON ÖFFENTLICHEM FERNSEHEN UND HÖRFUNK**

Art und Höhe der staatlichen Finanzierung der rund 20 öffentlichen Fernsehprogramme und der über 70 öffentlichen Hörfunkprogramme scheint, was den finanziellen Umfang angeht, einzigartig auf der ganzen Welt zu sein. Leider sind diese Einrichtungen zum Sprachrohr staatlich verordneten Mainstreams und entsprechender Meinungsmache verkommen. Dass sachliche Information vorgefertigter Meinung weichen muss, erinnert an die Verhältnisse in der ehemaligen DDR.

### **Flüchtlingspolitik**

Im Rahmen der Flüchtlingspolitik ist der Eindruck entstanden, dass der von den etablierten Parteien gepriesene Rechtsstaat BRD endgültig zur ‚Bananenrepublik‘ degeneriert. Hunderttausende Menschen strömen ins Land und mindestens die Hälfte versucht die Identität durch Wegwerfen von Dokumenten zu verschleiern, um durch falsche Angaben bessere Chance für die Anerkennung als Asylanten zu haben. Dies alles hat kaum gravierende Konsequenzen, obgleich es sich um versuchten und in vielen Fällen vollzogenen Sozialbetrug handelt.

Mehr 25 Milliarden Euro pro Jahr, das ist die Größenordnung von 10% des gesamten Bundeshaushaltes, werden ohne mit der Wimper zu zucken, für die Bewältigung der mit dem Flüchtlingsstrom auftretenden Probleme bereitgestellt, während um Bruchteile dieser Summe z.B. im Kontext mit Sozialausgaben, der Krankenversorgung oder der Militärausgaben monatelang gerungen wird. Ganz zu schweigen davon, was man mit einer solchen Summe an Gutem in den Entwicklungsländern vollbringen könnte.

Verwaltung und Justiz werden hemmungslos überfordert, sodass in vielen Fällen Recht gar nicht mehr gesprochen werden kann.

Dem Mainstream folgend wird gesagt, dass es keine Alternative zu dem unkontrollierten Einströmen der Flüchtlinge gegeben hätte. Das ist falsch. Wenn es nach Recht und Ordnung gegangen wäre, also wenn man sich an geltende Verträge gehalten hätte, insbesondere an die Dublin-Vereinbarungen, dann hätte es das Problem gar nicht gegeben. - Selbst nach dem rechtswidrigen Einströmen der Flüchtlinge hätte man Auffanglager einrichten können, um zumindest eine geordnete Feststellung der Personalien zu gewährleisten.

All die genannten Tatsachen werden einer breiten Diskussion entzogen und das Ausmaß der begangenen Rechtsbrüche mittels vordergründiger moralischer und ideologischer Argumente ‚gerechtfertigt‘. - Auch hier spielen die öffentlichen Fernseh- und Rundfunkanstalten sowie die etablierte Presse mit ihrer einseitigen Berichterstattung eine zentrale Rolle.

### **Manipulation von Fakten und Beschränkung der Meinungsfreiheit**

Fakten werden insbesondere auch durch die öffentlichen Fernseh- und Rundfunkanstalten und die etablierten Printmedien in erheblichem Maße manipuliert und nicht im Mainstream angesiedelte Meinungen diskreditiert. Dabei ist man schnell bei der Hand, die betreffenden Personen als Nazis zu disqualifizieren. Als Folge haben viele Menschen in unserem Gemeinwesen den Eindruck, dass die Meinungsfreiheit deutlichen Beschränkungen unterliegt und dass man sich in vielen Situationen nicht mehr frei in der Öffentlichkeit äußern kann. Dieses Faktum reflektiert eine besorgniserregende politische Entwicklung, welche die etablierten Parteien eher fördern, als dieser entgegenzutreten.

*von H. G. Purwins , verabschiedet am 20.11.2019, Team Konservatives NRW*

## TEIL 2

### FAKTEN UND QUELLEN

#### Hambacher Forst

- Noch vorhandene Fläche: 500 Hektar  $\approx 2,3\text{km} \times 2,3\text{ km}$
- 1967 und 1971: rechtmäßiger Erwerb durch RWE und Erwerb aller Nutzungs-rechte
- Seit 1978: Rodung durch die Rheinbraun AG bzw. die RWE AG
- April bis Mitte November 2012: Besetzung und Räumung - ein kleiner Teil des Waldes ist besetzt - Räumung des Camps begonnen - einige Abholzungsgegner harren vier Tage lang in einem Tunnel, sechs Meter unter der Erde aus - alle 27 Ermittlungsverfahren gegen Besetzer wurden eingestellt
- Ab 1. September 2013: Besetzung und 27. März 2014 Räumung - Nur vier Wochen später wird der Wald an gleich drei Stellen wiederbesetzt.
- Oktober 2014: neuerliche Räumung und 14 Aktivisten werden festgenommen - sechs RWE-Mitarbeiter werden mit Pfefferspray, Blendgranaten, Feuerwerkskörpern und Knüppeln angegriffen - Polizisten finden zwei intakte Handgranaten aus dem Zweiten Weltkrieg
- Seit 2015: erheblicher Anstieg der politisch motivierten Kriminalität von Links
- 2016: weiter an Gewalt steigende Kriminalität – erhebliche Sachbeschädigungen, zum Teil mit Anschlagcharakter (z.B. auf Hochspannungsleitungen) - illegaler Kontroll- und Besitzanspruch für ein benachbartes Wiesengrundstück - Barrikaden und zum Teil lebensgefährdende Installationen – Fortsetzung der im Vorjahr begonnenen Störungen des Bahnverkehrs - Angriffe mittels waffenähnlicher Werkzeuge - Brandstiftungen an Kabeltrassen - Blockieren von Baggern und Laufbändern - seit 2013 sind 944 Strafanzeigen im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen die geplante Rodung eingegangen
- Seit 2015 : andauernde Besetzung auf Baumhäusern - brennende Barrikaden - Auslegen von Krähenfüßen - Würfe mit Steinen sowie Molotowcocktails auf RWE-Mitarbeiter und Polizisten
- Im Sommer 2016: Beschluss der rot-grünen Landesregierung, dass die Abbau-grenzen des Tagebaues Hambach unverändert weiterzuführen erlaubt
- November 2016: es überschlägt sich ein Tagebaubetreiber-Pick-Up mit vier Insassen, da dieser infolge von Steinwürfen außer Kontrolle gerät - die Polizei umstellt das Waldgebiet großräumig und nimmt acht Personen fest
- November 2017: Verwaltungsgericht Köln entscheidet - Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) scheidet mit einer Klage in Köln
- 30. November 2017: auf Antrag der Grünen-Fraktion wird eine aktuelle Stunde einberufen – dabei wird der Rechtsstaate durch folgendes moralisches Argumentieren des Vorsitzenden der Grünen ausgehebelt: „Es geht um die Lösung eines gesellschaftlichen Konfliktes, nicht nur bezogen auf die Durchsetzung von Recht und Gesetz.“ - Ferner bitten die Grünen eindringlich darum, eine solche Lösung nicht den Gerichten zu überlassen.
- Neujahr 2018: abermals Sachbeschädigungen - u. a. Stromgeneratoren unbrauchbar gemacht bzw. angezündet, Kabel durchgetrennt und Container mit Steinen beworfen
- März 2018: Skillsharing Camp: „Training im offensiven Umgang mit der Polizei“ und im „Stockkampf“

- Polizei meldete am 25. August 2018: Übergriffe auf Polizeibeamte, die z. T. erst bei der Androhung von Schusswaffengebrauch eingestellt werden - Bewurf mit Steinen und Pyrotechnik, Zwillenbeschuss - Beamte durch Vermummte mit Eisenstangen bedroht
- 27. August 2018: Ortsbesichtigung durch die Leiterin der Polizeiabteilung des Ministeriums Daniela Lesmeister: Die Begehung wird durch 400 Polizisten geschützt
- 13. 15., 16. Septembers 2018: Polizei rückt zur Räumung ein - dies verlangt einen enormen Aufwand - nicht genehmigte Demo - Schachtzugang entdeckt, in dem sich zwei Aktivisten verbarrikadieren - Räumung mit Grubenwehr und Bewetterung - Bewurf der Polizei mit eigenem Kot
- Um diese Zeit: Bedrohungen, Einschüchterungen und Erpressung der Mitarbeiter von Zulieferfirmen des RWE-Konzerns - ein Unternehmen zieht Maschinen aus dem Forst ab, da auf Firmengelände Feuer gelegt war
- Am 4. September 2018: Erlass des NRW-Bauministeriums - Baumhäuser werden zu baulichen Anlagen erklärt - dies ist die Grundlage für die Benennung von Bauten, welche die Sicherheitsnormen nicht einhalten
- 19. September 2018: es stürzt ein 27-jähriger in den Tod - bei einem Sturz von einer illegal errichteten Hängebrücke - es wird niemand zur Verantwortung gezogen
- 12. Oktober 2018: Besetzung eines historischen Forsthauses und rechtlicher Widersinn: das Haus stand bereits leer - wurde aber illegal benutzt - Räumungsklage wird am 22. Oktober vor dem Landgericht Köln abgewiesen, da die RWE wegen ständig wechselnder Bewohner keine konkreten Bewohner benennen kann
- 7. Oktober 2018, Bündnis 90/Die Grünen: Aus Solidarität wird der Landesparteitag der Grünen NRW an den Hambacher Forst verlegt, obgleich die Grünen im Parlament einer Rodung zugestimmt hatten (s. o.)
- Oktober 2018: OVG Münster untersagt vorläufig Rodung
- März 2019: entgegen dem Rodungsstopp sind etwa 50 Bäume gefällt worden - nachweislich nicht von den RWE - zudem wurden zum Bau neuer Baumhäuser auch Baumstämme mit frischen Schnittkanten verwendet
- Nach dem Kenntnisstand der Verfasser dieses Dokumentes ist erst eine Person im Zusammenhang mit den Straftaten im Hambacher Forst verurteilt worden

Quelle

1. [https://de.wikipedia.org/wiki/Hambacher\\_Forst](https://de.wikipedia.org/wiki/Hambacher_Forst)
2. Frankfurter Allgemeine, 2018-12-16 *Moralisch wertvolle Gewalt.*
3. [https://de.wikipedia.org/wiki/Hambacher\\_Forst#Gewerkschaften](https://de.wikipedia.org/wiki/Hambacher_Forst#Gewerkschaften)
4. [https://www.aachener-nachrichten.de/nrw-region/braunkohle/polizeiaktion-im-hambacher-forst-kostet-millionen\\_aid-33556151](https://www.aachener-nachrichten.de/nrw-region/braunkohle/polizeiaktion-im-hambacher-forst-kostet-millionen_aid-33556151)

## **G20-Gipfel Hamburg**

- Angriffe auf die Polizei: mit Steinen, Flaschen, Zwillenbeschuss
- Vermummung, Blockaden, Brandstiftung, Plünderung
- Häuser und Privatfahrzeuge von Polizisten werden als „legitime Ziele“ eingestuft
- Anschläge auf Signalanlagen der DB

Quelle

1. [https://de.wikipedia.org/wiki/G20-Gipfel\\_in\\_Hamburg\\_2017](https://de.wikipedia.org/wiki/G20-Gipfel_in_Hamburg_2017)

## Linke und rechte Gewalttaten

- Information des Bundesinnenministeriums, Gewalttaten 2017
  - rechtsextrem: 1130
  - linksextrem : 1967
- Die genannten Zahlen nimmt Haldenwang, Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz, zum Anlass, im Verfassungsschutz die Zahl der Mitarbeiter, die gegen rechts ermitteln, von 200 auf 300 zu erhöhen.

Quelle:

1. <https://www.fritz.de/programm/aktuelle-themen/2018/10/moritz-neumeier-faktencheck-teil-2-links-und-rechtsextremismus.file.html/moritz-neumeier-faktencheck-teil-2-links-und-rechtsextremismus.pdf>
2. <https://www.contra-magazin.com/2018/12/verfassungsschutz-personalaufstockung-gegen-rechtsextremismus/>

## Netzwerkdurchsetzungsgesetz

Quelle

<https://www.gesetze-im-internet.de/netzdg/BJNR335210017.html>

## Bedrohung und Erpressung

- Die AfD hat z.B. in Münster (Westf.) größte Schwierigkeiten, einen Ort für ihre Zusammenkünfte zu finden.
- Absagen von Lokalitäten werden durch unverhohlene Erpressung erzwungen.
- Die AfD macht ähnliche Erfahrungen z. B. auch in Berlin.

Quelle

1. Kopie eines Erpresserbriefes an Ende dieser Aufzählung (betroffenes Unternehmen ist bekannt)
2. Frankfurter Allgemeine, 2019-05-23: *AfD findet Ort für Wahlparty*

## Dealen mit Rauschgift

- Der illegale Handel mit Rauschgift wird in vielen Fällen geduldet.
- In Berlin werden dafür seitens der Behörden Plätze reserviert.

Quelle

1. Frankfurter Allgemeine, 2019-05-10 *Bitte (nur) hier dealen*
2. Frankfurter Allgemeine. 2019-11-14 *Görli, der Rauschgiftpark*

## KITAS als Stätten der staatlichen Gesinnungsschnüffelei

- Anleitung für KITA-Betreuerinnen und Betreuer seitens der *Amadeu Antonio Stiftung*
  - Titel: *Kindertagesbetreuung in Zeiten rechtspopulistischer Mobilisierung* mit einem Geleitwort der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend D. F. Giffey.

- Nebenbemerkung: Die Ministerin ist nach wie vor im Amt, obgleich ihr in ihrer Dr.-Arbeit auf 76 von 205 Seiten Fälschungen nachgewiesen worden sind.
- Giffey erklärt, dass auch die *Amadeu Antonio Stiftung* von ihrem Ministerium gefördert wird und befürwortet die Anleitung wie folgt: „Besonders begrüße ich die Handlungshinweise und Hilfsangebote.“
- In der Anleitung werden Ratschläge zum Ausspionieren des Elternhauses in der KITA gegeben.
- Erkennungsmerkmale für ein ‚völkisches Elternhaus‘ sind „... traditionelle Geschlechterrollen in den Erziehungsstilen ... Das Mädchen trägt Kleider und Zöpfe, es wird zu Hause zu Haus- und Handarbeit angeleitet, der Junge wird stark körperlich gefordert ... .. [ Referenz S. 12]
- Entgegen der offiziellen Rechtschreibung, wie sie in der Schule gelehrt werden soll, wird der Genderstern benutzt: z.B. S. 14

#### Quellen

1. <https://www.belltower.news/kindertagesbetreuung-in-zeiten-rechtspopulistischer-mobilisierung-49284/>

2. Frankfurter Allgemeine, 2019-11-01 *Mit den Doktor davongekommen*

#### **Fehlende demokratische Legitimation von EU und EZB**

- Das eherne demokratische Prinzip ‚one man, one vote‘ wird im EU-Parlament mit Füßen getreten
  - 1 EU-Abgeordneter Maltas vertritt 79 Malteser
  - 1 EU-Abgeordneter Deutschland vertritt 862 Deutsche
- Auch in der EZB wird das Prinzip ‚one man, one vote‘ aufs gröbste missachtet
  - Aufgrund des Rotationsprinzips darf der Präsident der Bundesbank in den 2 Sitzungen jedes vierten Monats trotz seines Anteils von 26,4 % des durch Deutschland eingezahlten Kapitals nicht abstimmen.
  - Selbst bei den Sitzungen, an denen die Bundesbank stimmberechtigt teilnehmen darf, zählt ihre Stimme nicht mehr als diejenige von Malta, deren Kapitalanteil 0,06 % beträgt.
- #...[ hier H. Behrens fragen, in welchem Verhältnis der Anteil der Schulden der EZB zum Gesamtvermögen der Deutschen steht; Referenz angeben] ...#

#### Quelle

1. Frankfurter Allgemeine, 2019-03-14 *Wer nicht weg ist, muss wählen*

2. [http://www.konservatives-nrw.de/images/images\\_content/downloads/Pos-Papier-Skandal%C3%B6se\\_Entrechtung\\_Deutschlands\\_im\\_EZB-Rat.pdf](http://www.konservatives-nrw.de/images/images_content/downloads/Pos-Papier-Skandal%C3%B6se_Entrechtung_Deutschlands_im_EZB-Rat.pdf)

---

#### **Groteskes Bild der BRD**

- Cohn-Bendit, ein Mann mit ausgewiesener pädophiler Vergangenheit, erhält den Theodor-Heuss-Preis 2013.

- Andreas Georgiou, griechischer Chefstatistiker, wird in Griechenland verurteilt, weil er das gefälschte Defizit Griechenland von 3,9% auf richtige 14,4% korrigiert hatte. - Das interessiert aber keinen etablierten deutschen Politiker.

Quelle

1. <https://www.faz.net/aktuell/politik/die-gegenwart/theodor-heuss-preis-fuer-cohn-bendit-dany-im-kinderladen-12156195.html>
2. <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/proteste-bei-auszeichnung-cohn-bendits-12156121.html>
3. Frankfurter Allgemeine 2018-11-14 *Empörung über neue Strafe für griechischen Statistiker*

### **Gleichschaltung von öffentlichem Fernsehen und Hörfunk**

- Zu den Grundpfeilern eines freiheitlichen demokratischen Staates gehört eine pluralistisch aufgestellte Fernseh- und Rundfunklandschaft.
- Es gibt etwa 20 Fernsehprogramme und etwa 10 Rundfunkanstalten mit etwa 70 Programmen.
- Es existieren vermutlich weltweit keine diesbezüglichen Einrichtungen, welche finanziell stärker gefördert werden als die deutschen.
- Tatsache ist, dass keine dieser Einrichtungen den Gutmenschen-Mainstreams hinterfragt.
- Typisches Beispiel für mangelnde Information im Zusammenhang mit dem Flüchtlingsproblem sind die folgenden:
  - Viel zu oft wird z.B. in der Flüchtlingsfrage das ‚weinende Kind auf dem Arm der verzweifelt dreinschauenden Mutter‘ und das Thema ‚schlimmes Schicksal‘ aufgetischt. Ein Hinterfragen der Umstände vor Ort (eigene Schuld, Bezahlung, Ursprung der Gelder die fließen, Absprachen zwischen Verwandten, Unregelmäßigkeiten und Betrug, usw.) findet nicht statt.
  - Es wird kaum Sachinformation geliefert über die Grenzen der Aufnahmefähigkeit eines Landes, kulturelle Probleme, Kriminalität, die Wohnraumfrage, die eklatanten Schwierigkeiten beim Sprachunterricht, usw.
  - Wenig Beachtung finden auch rechtsfreie Räume (z.B. Kirchenasyl, Hambacher Forst, Rauschgifthandel, usw.)
  - Keine detaillierte Analyse: Überlastung von Verwaltung und Justiz
  - Keine genaue Analyse: Gesamtkosten der Flüchtlingswelle
- Ähnlich einseitig und fest im ideologiegeprägtem und moralisierenden Mainstream verankert sind auch die Sendungen aus den Bereichen Soziales, Arbeitswelt, Bildung, deutsche Geschichte, deutsche Außenpolitik, EU, EZB usw.

---

### **Flüchtlingspolitik**

- Die Flüchtlingspolitik geht mit einer Serie von Rechtsbrüchen einher.
- Das Parlament ist hier in massiver Weise übergangen worden, insbesondere in der Frage der Öffnung der Grenzen.
- Für die seitens der Politik begangenen Rechtsbrüche wird niemand zur Rechenschaft gezogen.

- Das Schultern der jährlichen Ausgaben von weit mehr als 25 Milliarden € ist nie ernsthaft diskutiert worden, obgleich dieses Geld an anderer Stelle dringend gebraucht wird.
- Aus Platzgründen kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden auf die fast endlose Geschichte von Unwahrheiten, weiterer Rechtsbrüchen, ideologisch geprägter Manipulation (etwa von Kriminalstatistiken) usw..

Quelle

1. <https://www.nzz.ch/meinung/kommentare/die-fluechtlingskosten-sind-ein-deutsches-tabuthema-ld.1316333>

### **Manipulation von Fakten und Beschränkung der Meinungsfreiheit**

- Der Spiegel' eines der wichtigsten ‚Leitmedien‘ Deutschlands, veröffentlicht in der Ausgabe *Der Spiegel* 13/2017, 25.3.2017 den Artikel ‚In einer kleinen Stadt‘ von Claas Relotius. Der Autor ist in Deutschland mit mehreren hohen Auszeichnungen für hervorragenden Journalismus bedacht worden. Mit seiner unterschwelligten Kritik an der wenig freundlichen Einstellung gegenüber Flüchtlingen in Amerika liegt der Artikel voll im von den etablierten Parteien diktierten Mainstream. Tatsächlich handelt es sich bei dem Beitrag um eine Fantasiegeschichte, die offensichtlich nach Inhalt und Aufmachung auch gut in das Raster der Denkstrukturen der Leitung des Spiegelredaktion passte. Frühere Warnungen an den *Spiegel*, dass Relotius in seinen Artikeln die Wahrheit nicht so genau nimmt, sind seitens des *Spiegels* ignoriert worden. Bei der Darstellung der Vorgänge im Internet unter Wikipedia wurde mehrfach versucht, die Darstellung des Fehlverhaltens zu Gunsten des Spiegels zu beschönigen<sup>3)</sup>.

Quelle

1. <https://www.spiegel.de/static/relotiusdokumentation/CR-Dokumentation.pdf> - S. 93 ff

2. <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-12/claas-relotius-faelschung-journalismus-spiegel-betrug/seite-3> - sehr schöne Übersicht

3. <https://www.heise.de/newsticker/meldung/Fall-Relotius-Manipulationen-im-Wikipedia-Artikel-4582927.html>

- Pressekodex des Deutschen Presserates
  - *Richtlinie 12.1 – Berichterstattung über Straftaten, Stand 2019-11-10*  
 „In der Berichterstattung über Straftaten ist darauf zu achten, dass die Erwähnung der Zugehörigkeit der Verdächtigen oder Täter zu ethnischen, religiösen oder anderen Minderheiten nicht zu einer diskriminierenden Verallgemeinerung individuellen Fehlverhaltens führt. Die Zugehörigkeit soll in der Regel nicht erwähnt werden, es sei denn, es besteht ein begründetes öffentliches Interesse. Besonders ist zu beachten, dass die Erwähnung Vorurteile gegenüber Minderheiten schüren könnte.“ Auch dieser Text könnte aus dem Vokabular der früheren DDR stammen.
  - Der Text lässt tief blicken, was der Presserat unter einen mündigen Bürger versteht. Tatsächlich wird von den etablierten Presseorganen sehr zögerlich über den Migrationshintergrund von Straftätern berichtet und wenn es sich um

eingebürgerte Täter handelt, bleibt dieser Umstand in der Regel gänzlich unerwähnt.

- Schlussfolgerung: Dem Bürger wird verunmöglicht, sich ein eigenes Bild über Straftaten mit Migrationshintergrund zu machen; offensichtlich ist dies von den Verantwortlichen auch so gewünscht.

Quelle:

1. <https://de.wikipedia.org/wiki/Pressekodex>

- Untersuchungen des Reuters-Institute der Universität Oxford (Großbritannien) haben ergeben, dass die öffentlichen Fernseh- und Rundfunkanstalten in Deutschland deutlich linkslastige Berichterstattung betreiben und diese in auffälliger Weise mit Meinung vermischen. Dies hätte zu erheblichen Glaubwürdigkeitsverlusten im rechten Spektrum der Bevölkerung geführt. Im Gegensatz dazu sei dies in vielen anderen Demokratien, insbesondere auch in Großbritannien, nicht der Fall.

Quelle

1) Frankfurter Allgemeine, 2019-09-18 *Links von der Mitte*

- Das Institut f. Demoskopie Allensbach findet heraus:
  - „2/3 der Menschen sind überzeugt, man müsse sehr aufpassen, zu welchen Themen man sich äußere.“
  - „Fast jeder 2. sagt, die Political Correctness wird übertrieben.“
  - 59% der Bevölkerung ziehen die Bilanz, dass in ihrem Freundes- und Bekanntenkreis Meinung frei geäußert werden kann, im öffentlichen Raum sehen nur 18% eine vergleichbare Freiheit.“

Quelle

Frankfurter Allgemeine, 2019-05-23 *Grenzen der Freiheit*

- Nicht zuletzt vollzieht sich die Einschränkung der Meinungsfreiheit auf sehr subtile Weise. Der Präsident der World Jewish Congress S. Lauder hält 25 % aller Deutschen für Antisemiten, wobei es z.B. als antisemitisch gilt, wenn die Ansicht vertreten wird, dass Juden im Geschäftsleben und in globalen Angelegenheiten zu viel Macht haben. Hat man diese Ansicht, wird man umgehend in die Nähe eines Nazis gerückt. Kaum jemand aus der Politik wagt dem zu widersprechen, obgleich man durchaus dieser Ansicht sowohl bezüglich der Juden als auch der Moslems, die Chinesen, der Russen, der katholischen Kirche, der Reichen usw. sein kann.

Quelle

Frankfurter Allgemeine, 2019-10-25 *Was tut Ihr dagegen.*

1. Februar 2019

Keine Stimme der AfD

Restaurant [REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir haben ihr Restaurant als Ausrichtungsort des sogenannten „Bürgertreffs“ der AfD erkannt. So haben beispielsweise am 23. Januar 2019 eine Veranstaltung mit dem AfD Bundestagsabgeordneten Norbert Kleinwächter oder am 07.11.2018 ein Vortrag von Maximilian Kraß bei Ihnen stattgefunden. Bei solchen Veranstaltungen werden menschenverachtende Einstellungen geschürt. Mit Ihren Räumen stellen sie rechter Hetze und Politik in Münster wichtige Infrastruktur zur Verfügung.

Wir halten es für falsch der AfD solche Entfaltungsmöglichkeiten zu geben und hoffen, dass auch Sie es in Zukunft nicht mehr für vertretbar halten Rassismus, Sexismus, Nationalismus und andere Formen der Diskriminierung zu unterstützen.

Schon viele Gaststätten und Restaurants in Münster, wie das Kruse-Baimken, die Gaststätte Kranefeld oder die Villa Rinaudo haben nach Protesten ihre Kooperation mit der AfD eingestellt, weil sie ihren Fehler eingesehen oder festgestellt haben, dass auch der Großteil ihrer Gäste keine Lust hat, ein Restaurant zu besuchen, das einer rechtsextremen Partei die Türen öffnet.

Unserer Ansicht nach hat die AfD und ihre menschenverachtende Politik keinen Raum in Münster, eine Stadt in der regelmäßig eindrucksvoll bewiesen wird, dass lautstarker Protest gegen die AfD wichtig und richtig ist.

Wir möchten Ihnen die Chance geben sich selbstständig von der Politik der AfD zu distanzieren. Wir erwarten von Ihnen, dass Sie der AfD spätestens ab dem 22.2. keine Räume mehr zu Verfügung stellen. Falls folgend weitere Veranstaltungen der AfD in ihren Räumen stattfinden sollten, wird wie auch in der Vergangenheit zu Protest gegen diese Veranstaltungen aufrufen.

Mit freundlichen Grüßen

Das Bündnis „Keine Stimme der AfD“